3 1761 07484229 5

Naumann, Friedrich
Nationale Sozialpolitik

H
83
N3

Jedes Heft für **10 Pfg.** einzeln käuflich.
Doppelhefte 20 Pf.

Göttinger

# Arbeiterbibliothek

herausgegeben von

Pfarrer **Friedrich Naumann** in Berlin.

**2. Band,** **1. Heft.**

# Nationale Sozialpolitik

von

**Friedrich Naumann.**

Abdruck verboten. Übersetzungsrecht vorbehalten.

Göttingen
Vandenhoeck und Ruprecht
1898.

Regelmäßige Zusendung der 10 Hefte des laufenden Bandes je nach Erscheinen postfrei gegen postfreie Einsendung von 1 Mk. 25 Pfg. Ausland 1 Mk. 40 Pfg.

**Partiepreise für Vereine und Private**
(Die Partieen können auch aus verschiedenen Heften gebildet werden.)
**50—99 Hefte je 8 Pf. postfrei; 100 und mehr Hefte je 7 Pf. postfrei.**
1—12 Hefte werden zu je 10 Pf. nur versandt, wenn das Porto mit eingesandt ist, welches für 2 Hefte 3 Pf.; 3—4 Hefte: 5 Pf.; 5—12 Hefte: 10 Pf. beträgt. 13—49 Hefte postfrei zu je 10 Pf.

Von der

# Göttinger Arbeiterbibliothek

herausgegeben

**Fr. Naumann,**

sind erschienen:

II. Bd., Heft 1: **Nationale Sozialpolitik.** Von Fr. Naumann. — Heft 2/3: **Arbeitszeit-Verkürzung und Achtstundentag.** Von Stadtpf. Th. Traub-Stuttgart. (Doppelheft 20 Pfg.) — Heft 4/5: **Die Börse. 2.** (Der Börsenverkehr.) Von Prof. Dr. Max Weber-Freiburg (Doppelheft 20 Pfg.; (vgl. I. 2/3.) — Heft 6: **Arbeiterorganisationen.** Ihre Bedeutung und ihre Geschichte. Von H. Weinheimer. — Heft 7/8: **Die deutsche Flotte und das deutsche Volk.** Von Dr. H. Rassow. (Doppelheft 20 Pfg.)

I. Bd., 1: **Jesus als Volksmann.** Von Friedrich Naumann. — 2/3: **Die Börse. 1.** (Zweck und äußere Organisation.) Von Prof. Dr. Max Weber in Freiburg. (Doppelheft 20 Pfg. Vgl. II. 4/5). — 4: **Bodenwucher und Bodenbesitzreform.** Von P. Dr. Lehmann. — 5: **Von der Hauswirtschaft zur Weltwirtsch.** Von P. M. Wenck. — 6: **Gesunde Wohnungen.** E. Wort f. d. **Baugenossenschaften nach hannov. Muster.** Von Dr. W. Ruprecht-Göttingen. — 7: **Die Genossenschaftsbewegung der englischen Arbeiter.** Von Prof. Dr. v. Schulze-Gaevernitz in Freiburg. — 8: **Schöpfung u. Entstehung d. Welt.** Von Dr. G. Riehm-Halle. — 9: **Darwinismus und Christentum.** Von demselben. — 10: **Die Sozialdemokratie in der großen französischen Revolution.** Von Prof. Dr. H. Delbrück-Berlin.

**Abonnementsbedingungen, Partiepreise 2c. auf der 1. Umschlagseite.**

**Band I** (10 Hefte) ist jetzt auch **schön kart. zu 1 Mk.** zu beziehen.

---

## Friedrich Naumann:

**Gotteshilfe.** **Gesammelte Andachten.** 1. Bändchen, 1895. 2. Bändchen 1896. Kartonniert je Mk. 1,35, fein geb. je Mk. 1,70. 3. Bändchen, 1897, erscheint Ende Januar 1898.

„Wer von der landläufigen Erbauungslitteratur kommend an Naumanns Andachten herantritt, hat etwa das wohlthuende, befreiende Gefühl, das den überkommt, der aus dem gestutzten rasierten Garten im französischen Geschmack entflieht und nun unter deutschen Eichen wandelt oder der aus einer Gegend, in der Kanalwasser träge und regelrecht dahinschleicht, in ein Quellgebiet sich versetzt fühlt. . . . Naumann hat den Beweis geliefert, daß er in der Bibel drin sitzt — und jeder, der ein christliches Gewissen in der Brust hat, wird angesichts solcher mit dem Herzblut geschriebenen Zeugnisse gut thun, sich zu fragen, ob er nicht gelegentlich daneben sitzt." (Neues sächs. Kirchenblatt 1897.)

**Soziale Briefe an reiche Leute.** In Kalblederpapier fein kartoniert. 1895. 1 Mk.

**Die soziale Bedeutung des christlichen Vereinswesens.** 1895. 40 Pfg.

**Der Student im Verkehr mit den verschiedenen Volkskreisen.** 1895. 50 Pfg.

H
82
M3

# Nationale Sozialpolitik

von

**Friedrich Naumann.**

1973

## 1.

### Deutschlands Vergangenheit und Zukunft.

Bis zum Jahre 1870 ist es politisch aufwärts gegangen mit dem deutschen Volke. Wir kamen aus Schwachheit zur politischen Kraft und aus Kleinstaaterei zur Einheit. Selbst die Sozialdemokraten geben zu, daß die Reichsgründung ein Fortschritt war. Kein verständiger Mensch kann wollen, daß wir wieder hinter das Jahr 1870 zurücksinken. Ein neuer Zerfall der Deutschen würde das Ende unseres wirtschaftlichen Aufschwunges, unseres einheitlichen Rechtes, unserer Achtung unter den Völkern bedeuten. Um am Leben bleiben zu können, muß das deutsche Volk staatserhaltend sein. Es muß seinen Staat, das Deutsche Reich, mit aller Anstrengung erhalten und deshalb die Reichsverfassung mit ihrem Kaisertum und mit ihrem allgemeinen Wahlrecht gegen alle Angriffe von rechts und links verteidigen. Erst von dieser Grundlage aus kann sich unser Volkskörper weiter entwickeln. Eine weitere Entwickelung aber ist notwendig, denn was sich nicht entwickelt, das stirbt. Wir brauchen gesunden Fortschritt nach außen und innen, einen Fortschritt, der sich am besten aussprechen läßt durch die zwei Worte: Macht und Freiheit.

## 2.

### Der Kampf um die Erdkugel.

Nach dem Jahre 1870 wurde oft gesagt, daß Deutschland an der Spitze Europas stehe. Das gilt heute nicht mehr. Wir sind zu einer Macht zweiten Grades geworden und müssen uns in diese Thatsache, so gut es geht, hineinfinden. Auch Bismarck, wenn er noch jugendfrisch die deutsche auswärtige Politik leiten könnte, würde diese Thatsache nicht aus der Welt schaffen, denn sie liegt in Verhältnissen, die stärker sind als wir. Die politische Bühne ist größer geworden, der Kampf um die

Erdkugel hat begonnen, und in diesem Kampfe sind uns England und Rußland weit voraus.

Als die kühnen Entdecker Stanley und Livingstone den dunklen Erdteil entdeckt und damit die letzten verborgenen Gebiete der bewohnbaren Erdoberfläche entschleiert hatten, kam über alle europäischen Völker ein starker Naturtrieb nach Ausdehnung, ein Drang, sich Platz auf der Erde zu sichern, die nun nicht mehr größer werden kann. Selbst ein wirtschaftlich so bedrängtes Volk wie das italienische konnte diesem allgemeinen Drange nicht widerstehen. Es ging nach Afrika, verlor viel Geld und Blut, gewann bis jetzt wenig, und that dennoch, was es mußte. Die Franzosen haben nach der großen Niederlage von 1870, die eine wirtschaftliche Niederlage zur Folge hatte, wie sie von niemand geahnt wurde, dennoch nicht anders gekonnt, als den Gedanken an Elsaß-Lothringen zurückzustellen und in Algier, Senegambien, Hinterindien und Madagaskar sich vier feste Stellen auf der Erdkugel zu sichern. Das hat Frankreich gethan — obgleich es im vorigen Jahrhundert schon einmal ein blühendes Kolonialgebiet in Nordamerika an die Engländer verlor. Auch die alten, halb morsch gewordenen Kolonialmächte Spanien und Portugal sind wieder mit aufgewacht und kümmern sich wieder um den Rest ihrer alten verlorenen Weltherrschaft. Rußland aber, ganz anders als alle diese romanischen Länder, ein lebendiges Mittelalter neben der Neuzeit, kann demselben Drange nicht widerstreben. Es dehnt sich und streckt sich, bis es mit der sibirischen Bahn an den großen Ozean reicht und bis seine Truppen auf dem Hochland von Pamir stehen, von wo der Weg nach Indien geht. 115 Millionen Menschen sind ein Sprachgebiet, ein Wirtschaftsgebiet, ein Machtgebiet geworden, ein politischer Großbetrieb von unheimlicher Wucht.

Größer aber als sie alle ist England. Beim Jubiläum der Königin zählte man 320 Millionen Reichsangehörige. England, beim Beginn seiner Kolonialthätigkeit ein kleines Volk von 5 Millionen Menschen, besitzt jetzt den siebenten Teil der Erdoberfläche und beherrscht den fünften Teil ihrer Bewohner. Es ist der moderne Riesenbetrieb, so wie China der vorzeitige Riesenbetrieb ist. Eine Sprache, Denkweise, Handelsart, Münze, ein Wirtschaftsleben pulsiert durch alle englischen Gebiete und auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die abgefallene englische Kolonie, sind noch immer finanziell und geistig Glieder

des großen englischen Gesamtkörpers. Diese englische Entwicklung hat etwas Überwältigendes und Beängstigendes zugleich. Sie ist die bedeutsamste Thatsache der Weltgeschichte unseres Jahrhunderts, und von ihr aus müssen alle staatspolitischen Verhältnisse beurteilt werden. Die Engländer sind in dieser Periode das herrschende Volk, London ist die Hauptstadt der modernen kapitalistischen Welt, von London kam das Vorbild des bürgerlichen Liberalismus, von dort kam der Marxismus, von London kam der neue Kredit- und Handelsverkehr, von dort kamen unsere ersten Maschinen, nach London geht noch heute ungezähltes deutsches Geld, und im Engländertum versinken von Jahrzehnt zu Jahrzehnt hunderttausend deutscher Menschen. Dieser Lage müssen wir klar ins Gesicht sehen. Kann es eine deutsche Kultur neben der englischen geben, soll es sie geben? Oder soll Deutschland zwischen dem Slaventum und dem Engländertum kleingedrückt werden? Im Osten verlieren wir an die Slaven, und im Westen wandern unsere Brüder hinein in die weite englische Welt.

## 3.

## Müssen wir Weltmacht sein?

Wir haben mit unseren 53 Millionen Menschen für eine Weltmacht zu wenig und für einen Kleinstaat zu viel. Wir sind zu groß und wachsen zu schnell, um von den Weltmächten auf die Dauer ruhig geduldet werden zu können, und doch sind wir nicht stark genug, um freie, eigene Politik ohne Anlehnung und Rücksichten zu treiben. Dazu kommt, daß wir noch keinen starken Nationalsinn der Masse haben. Unsere meisten Volksgenossen sind für ihre eigene Person gute, nachgiebige Menschen und haben eine tiefe Abneigung gegen harte Völkerkämpfe. Man sagt, das komme daher, weil die eigentlich kampfestüchtigen deutschen Stämme vor mehr als einem Jahrtausend ausgewandert und die mehr friedliebenden in den deutschen Heimatlanden zurückgeblieben seien. Dieser weiche Volkscharakter hat an sich sein Gutes, aber es können Zeiten in der Geschichte kommen, wo man sagen muß: „Landgraf, werde hart!“ In solcher Zeit muß man beständig im Auge behalten, daß nationale Weichheit den Untergang bedeuten kann. Sie scheint das sittlich Bessere und christlich Richtigere zu sein und ist es doch nicht, denn ihre Folgen werden sie verklagen. Im Himmel

werden keine Kriege mehr sein, auf Erden kann man die Kriege zwar hinausschieben und einschränken, aber nicht ganz vermeiden. Wenn einmal England einen großen englischen Zollbund macht, dann steht Westeuropa vor der Frage, ob es diese Zurückdrängung seines Handels und seiner Industrie wird tragen können. Dann werden Unternehmer und Arbeiter, dann wird das ganze Volk wissen, daß es sich um unsere wirtschaftliche Existenz handelt. Aber vielleicht kommt diese Erkenntnis dann zu spät. Schon jetzt müssen wir mit dem letzten Kampf um Englands Weltherrschaft wie mit einem Ereignis rechnen, das wohl noch ein Menschenalter warten kann, das aber mit der Sicherheit von Naturereignissen kommen wird. Von diesem Hintergrunde aus ist die Frage nach Flotte und Kolonien zu beantworten.

## 4.

## 600 000 neue Bürger im Jahr.

Als die Deutschen im Jahre 1870/71 ihren großen Kampf mit Frankreich führten, waren sie ein Volk von 38 Millionen Menschen. Seitdem haben sie um 15 Millionen zugenommen. In jedem Jahr haben wir ein Steigen der Bevölkerung um mindestens 600 000 Menschen. Das ist einerseits erfreulich, denn es zeigt, daß unser Volk noch gesund ist, daß es nicht wie Spanien und Frankreich zu den welkenden Nationen gehört, andererseits liegen in dieser Thatsache die größten politischen Aufgaben. Unser Bevölkerungszuwachs will Brot und Arbeit. Das ist, wenn es überhaupt einen besonderen Kern der sozialen Frage giebt, ihr Kern. Die anderen großen Fragen: Getreidefrage, Bodenfrage, Lohnfrage hängen aufs innigste mit dem Bevölkerungswachstum zusammen. Oft hört man sagen: wir haben eben zuviel Menschen! Gott sei Dank ist diese Redewendung bei uns Deutschen bis jetzt wahr. Trotz der Zunahme um 15 Millionen Köpfe haben wir jetzt einen allgemeineren Wohlstand als vor 25 Jahren. Es ist eine Freude, durch das deutsche Vaterland zu reisen und zu sehen, wie es sich hebt. Selbst die Sozialdemokraten geben die Behauptung auf, daß die Verelendung der Massen zunehme. Nein, auch die arbeitende Menge des Volkes hat schon an dem wirtschaftlichen Aufschwung, der auf die deutsche Reichsgründung folgte, einen bemerkbaren Anteil bekommen, nur will sie ihn mit Recht ver-

größern, da sie nicht in demselben Maße gestiegen ist, wie die oberen Stände. Das Recht, ihren Anteil am Volkseinkommen erhöhen zu wollen, haben alle Volksklassen. Die Beamten wollen bessere Stellen, die Bauern höhere Kornpreise, die Geschäftsleute höheren Umsatz, warum sollten die Lohnarbeiter nicht höheren Lohn haben wollen? Man muß in dieser Sache gleiches Recht für alle gelten lassen. Was man beim Bürger den Trieb zum Vorwärtskommen nennt, darf man doch nicht plötzlich als Unzufriedenheit bezeichnen, wenn es sich beim Arbeiter in Stadt und Land findet. Sollen wir bei unserer wachsenden Volkszahl nicht Massenelend haben, so muß die wachsende Masse stetig daran denken, ihre Lebenslage zu verbessern. Das ist volkserhaltend, selbst wenn es da und dort unangenehm berührt. Eins freilich sollte der Arbeiterstand niemals vergessen: er kann nur steigen, wenn sich die deutsche Volkswirtschaft überhaupt hebt. So wenig in einem niedergehenden Arbeitszweig ein Lohnkampf Erfolg haben kann, so wenig eine Arbeiterbewegung in einem niedergehenden Volke. Nur deshalb hat die deutsche arbeitende Menge in Stadt und Land gute Zukunftsaussichten, weil wir ein blühendes Wirtschaftsleben begonnen haben, das von der staatlichen Macht, insbesondere von der Flotte, gestützt wird. Was nützt es dem deutschen Arbeiter, wenn der Absatz Nordamerikas steigt? Er ist am deutschen Markte interessiert, und wenn dieser Markt leidet, dann bedeutet das für die Fülle seiner Kinder das Elend. Deshalb nationaler Sozialismus!

## 5.

### Ausfuhr und Einfuhr.

Bis zum Jahre 1876 etwa hatten wir mehr Getreide in Deutschland als wir brauchten, jetzt nährt sich infolge des Bevölkerungszuwachses bereits ein Fünftel der Deutschen von fremdem Brot. Bald werden es ein Viertel, später ein Drittel sein. Daran kann, wenn das Volkswachstum fortbesteht, niemand etwas ändern, denn selbst große landwirtschaftliche Verbesserungen und Urbarmachung von Ödland bringen eine langsamere Zunahme des Getreides als die Zunahme der Essenden ist. Unser Brot hängt an unseren Schiffen. Es handelt sich aber nicht um Brot allein. Bis in jede Hütte hinein brauchen wir alle viel ausländische Waaren: Baumwolle, Petroleum, Reis, Tabak, Kaffee, Thee, Holz und anderes. Unser Bedarf steigt

von Jahr zu Jahr gewaltig, und wenn sich die Lage der arbeitenden Menge erhöhen soll, so muß er noch viel mehr steigen. Alle Volksteile in Stadt und Land sind daran interessiert, daß wir alle diese Bedarfsartikel gewinnen. Womit aber werden sie bezahlt? Etwa mit Geld? Geld ist nur ein Tauschmittel, aber in Wirklichkeit kauft man Dinge nur mit Dingen, Waren mit Waren. Deshalb brauchen wir, und zwar das ganze Volk, eine stetig wachsende Ausfuhrindustrie. Wir reden nicht vom Industriestaat; denn wir wollen deutsches Bauerntum als eine Hauptgrundlage unseres Volkstums unter allen Umständen stärken und erhalten. Deutschland darf und soll nicht bauernarm werden, wie England, aber auch der Bauer will Kaffee trinken und Petroleum brennen. Womit bezahlt er seinen Reis und seine Baumwolle? Er kann nur mit Getreide zahlen, sein Getreide aber bleibt im Lande, also müssen die, die sein Getreide essen, auch für ihn Ausfuhrware herstellen. Ein Bauernstand, der Kulturbedürfnisse hat, braucht zu seiner Ergänzung eine Industrie. Industrie aber braucht Welthandel und Welthandel wieder ist ohne Flotte unmöglich. Nichts ist thörichter als das Gerede, die Flotte sei eine Spielerei; sie ist eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit.

## 6.

### Nationalsinn der Menge.

Es hat schon große Staaten gegeben, in denen die Menge rechtlos war, und Rußlands Entwickelung scheint auch heute noch zu beweisen, daß eine Ausdehnungspolitik unter absoluter Herrschaft erfolgreich sein kann. Was aber in Rußland möglich ist, ist in Deutschland unmöglich. Wir haben eine andere Bildungsstufe des ganzen Volkes und eine andere Verfassung. Wir Deutschen besaßen zuerst von allen Völkern den allgemeinen Schulzwang; wir haben noch heute die bestunterrichtete Masse. Zwar fehlt ungeheuer viel an der Bildungshöhe, die erreichbar und wünschenswert ist. Man hat für die Schulen der Volksmenge noch lange nicht genug gethan; aber schon das, was wir besitzen, macht jeden Rückfall der arbeitenden Menge in den tiefen politischen Schlaf der früheren Jahrhunderte unmöglich. Die Masse ist erwacht, und mit ihrer Zahl steigt ihr Einfluß. Heute ist die gewerbliche Arbeitermenge politisch interessiert; es erscheint aber infolge allgemeiner Schulpflicht und allgemeiner

Wehrpflicht nur als eine Frage der Zeit, wann auch die ländliche Menge anfängt Politik zu treiben. Aller konservative Druck wird diesen Vorgang zwar verlangsamen, aber nicht hindern können. Selbst eine Wahlrechtsverkürzung würde nur eine Unterbrechung, aber keine Hinderung sein. Kein Sozialistengesetz, kein Umsturzgesetz, keine Wahlrechtsverschlechterung kann den Sozialismus wirklich aufhalten. Sozialismus aber ist die Emporentwickelung der arbeitenden Menge.

Was den Sozialismus aufhalten kann, ist ein wirtschaftspolitischer Niedergang, wie er bevorsteht, wenn wir einen Krieg verlieren, oder wenn unser Absatz durch fremde Zollpolitik sehr vermindert wird, aber nicht politische Maßnahmen zur Unterdrückung. Solche Maßnahmen helfen der Volkskraft gar nicht; sie verbittern die Masse und erschüttern unsere Verfassung. Wer nämlich glaubt, man könne die Reichsverfassung erhalten und das allgemeine, direkte, gleiche Wahlrecht herausnehmen, der irrt sich. Jede Wahlrechtsverschlechterung wird als kolossaler Treubruch empfunden werden, und die nichtpreußischen Bundesstaaten werden bedenklich werden, wenn sie das Schicksal des deutschen Reichstages betrachten. An einem Deutschland ohne allgemeines Wahlrecht wird Süddeutschland nicht festhalten. Schon jetzt ist die Abneigung gegen das Unterdrückungssystem der preußischen und sächsischen Regierung südlich der Maingrenze groß genug. Man wird Deutschlands Zukunft aufs Spiel setzen, wenn man den bisherigen Weg weiter geht. Ohne volle, ehrliche Beteiligung der deutschen Menge kann eine deutsche Machtpolitik nicht getrieben werden. Es ist unmöglich, die Masse gewaltsam niederzuhalten und ihr dann doch die Waffen der Vaterlandsverteidigung vertrauensvoll in die Hand zu drücken. Wer ein Volk in Waffen haben will, der braucht ein Volk von Patrioten.

Deshalb ist die Grundbedingung allen deutschen Fortschrittes eine Umformung des Verhältnisses von Regierung und Volksmenge. Die Regierung muß mit dem Sozialismus rechnen lernen und der Sozialismus mit der Regierung. Dem Arbeiter muß sein Vaterland lieb gemacht werden, damit er für dieses Vaterland denkt, schafft und kämpft. Sein Schicksal und das der Nation überhaupt hängen auf das innigste zusammen. Sobald man ihn sich frei entwickeln läßt, muß er durch die Macht der Thatsachen national werden. Jetzt ist er Staatsfeind, weil der Staat ihn als geborenen Gegner behandelt. Man ändere

dieses Verfahren und man wird sehen, wie schnell die besser gestellten Teile der deutschen Arbeiterschaft national gesinnt sein werden. Es liegt für sie in der Luft, national zu werden, nur scheint es, als ob die Regierung bis jetzt keinen Nationalsinn der Menge wolle. Sie thut wenigstens nichts, ihn zu wecken.

## 7.

## Zur Geschichte des Sozialismus.

Im Anfang war der Sozialismus ganz unpolitisch. Er bestand in scharfer Kritik vorhandener Notstände und in guten Wünschen und Spekulationen für einen Himmel auf Erden. Dieser utopistische Sozialismus ist auch noch heute in viel Köpfen vorhanden, aber er spielt in unserem öffentlichen Leben keine Rolle. Er ist seiner Natur nach völlig vaterlandslos, das heißt: er kann in fast gleicher Weise in allen Ländern und unter allen Verfassungsformen auftreten, wo nur Not, Elend und Unterdrückung sich finden. Für diesen utopistischen Sozialismus sind alle Unterdrückten in der ganzen Welt nur ein Bruderbund, der nur ein Ziel hat, die Abwerfung der Tyrannen. Man muß zugeben, daß dieser Gedankengang agitatorisch sehr wirksam sein kann, wenn er vor Leuten entwickelt wird, die nicht aus ihren armen vier Wänden herausgekommen sind und keine tiefere nationalökonomische Bildung haben. Es tritt darum mit einer Art Naturnotwendigkeit der utopistische Sozialismus überall da auf, wo die soziale Bewegung soeben anfängt. Je länger sie dauert und je mehr sie sich vertieft, desto mehr verliert sie von dem ursprünglichen Charakter, denn desto mehr wird sie eine praktisch politische Bewegung.

Eine praktisch politische Bewegung aber kann nicht vaterlandslos sein, wenn sie etwas erreichen will; denn Politik ist in unserer Weltperiode und vielleicht für alle Zeiten ein nationales Handwerk. Man kann Politik nur für bestimmte Völker und in bestimmten Staaten machen. Der englische Arbeiter muß englische Politik machen und der deutsche Arbeiter deutsche. Thut er das nicht, so ist er politisch eine Null trotz seiner Zahl, seiner Not und seiner Begeisterung. Eine Allerweltspolitik ist im besten Fall eine Art Philosophie, hat aber für notleidende deutsche Arbeiter gar keinen reellen Wert. Der Arbeiter soll sie den Schwärmern und Träumern überlassen und sich mit beiden Füßen auf den Boden der Gegenwart

stellen: jetzt leben wir, in Deutschland leben wir, in und mit dem deutschen Staate wollen wir in die Höhe!

Eine solche nationale Arbeiterpolitik wird besser sein als die bisherige sozialdemokratische Politik. Diese ist ein Fortschritt gegenüber dem früheren Utopismus; aber sie ist noch nicht bis zur Klarheit in nationaler Hinsicht durchgedrungen. Ihr hängt noch viel zu viel von utopistischen Redeweisen und revolutionären Stimmungen an, als daß sie wirklich die Gegenwart voll ergreifen könnte. In Hinsicht auf sozialreformatorische Gesetzgebung haben die Sozialdemokraten viele sehr tüchtige Vorarbeiten geleistet, auch indirekt einigen Einfluß auf die soziale Gesetzgebung gehabt, aber durch ihre falsche und veraltete Gesamtpolitik hindern sie den Fortschritt der arbeitenden Menge, der sie doch dienen wollen, und durch ihre grundsätzliche Opposition nötigen sie die Regierung, sich dauernd auf die gegnerischen Parteien zu stützen.

## 8.

## Revolution und Kaisertum.

Früher hieß es: es lebe die revolutionäre, völkerbefreiende Sozialdemokratie! Damals war das Wort „revolutionär" voll von frischen Erinnerungen an das Jahr 1848. Hinter der bürgerlichen Revolution sollte die soziale Revolution kommen, deren Ziel die soziale Republik sein sollte. Man sammelte Zorn und Groll auf einen großen Tag der Rache.

Das ist nun vorbei. Das Wort revolutionär hat eine harmlose Auslegung bekommen; es soll jetzt den stetigen Fortschritt bedeuten, der alle Verhältnisse langsam umgestaltet. Kein verständiger Sozialdemokrat kann daran glauben, daß die sozialistische Arbeiterschaft im nächsten Menschenalter imstande sei, die Leitung des Staates allein in ihre Hand zu nehmen und die Fürsten und herrschenden Parteien zu beseitigen. Das Gefüge des Staates ist so stark, daß die Sozialdemokratie zwar seine Gesundheit schädigen, aber seine Beseitigung nicht erlangen kann. Sie kann unsere deutsche Staatspolitik lähmen, aber nichts anderes an ihre Stelle setzen. Das ist es, was sie jetzt thut. Sie hindert eine liberale Entwickelung, weil sie gegen Kaisertum, Militär und Flotte ist und dadurch den Kaiser zwingt, mit der konservativen Partei zu regieren.

Der Kaiser kann und darf gar nicht anders als deutsche

Machtpolitik treiben. Das ist sein geschichtlicher Beruf. Weil Deutschland einheitlich und stark werden wollte, gründete es ein Kaisertum. Dieses Kaisertum ist für unsere Volksgeschichte eine absolute Notwendigkeit; denn ohne Kaisertum verfallen wir sogleich in deutsche Kleinstaaterei und Bedeutungslosigkeit. Eine deutsche Republik ist nach Lage der deutschen Dinge ferner als jemals. Dieser Traum ist ausgeträumt. Wir müssen vorwärts mit dem Kaiser. Diesen Fortschritt hat uns das Jahr 1870 gebracht. Die Sozialdemokratie steckt aber noch heute in den Schuhen von 1848. Sie ist politisch zurückgeblieben, weil sie nicht mit den neuen Thatsachen rechnet. Gar nicht darauf kommt es an, ob uns jedes einzelne Wort gefällt, das der Kaiser spricht. Die Ansichten der kaiserlichen Person können wechseln, das Amt des Kaisers aber ist zum Lebensbestand unserer Nation nötig. Wir sind aus dem Stillleben herausgetreten und haben die Reichseinheit gewonnen, jetzt gilt es sie zu pflegen, und nur mit dem Kaiser wird der Sozialismus Fortschritte machen. Wir brauchen den sozialen Kaiser. Diesen aber kann es erst geben, wenn wir einen nationalen Sozialismus haben.

## 9.

## Arbeiterpolitik.

Es ist besser, den Sperling in der Hand, als die Taube auf dem Dache zu haben. So dachte bis jetzt die Sozialdemokratie nur selten. Sie schaute nach der großen Taube einer völlig neuen Gesellschaftsordnung und ließ dadurch Gelegenheiten zu praktischen sozialen Fortschritten vorübergehen. Insbesondere im Jahre 1890 hätte sie durch Stärkung des kaiserlichen Versuches einer Loslösung von den Konservativen viel erreichen können. Wir glauben nun unsererseits, daß man von allen schönen Träumen über Gesellschaftsformen, die in weiter Ferne liegen, absehen und sich nüchtern und praktisch an die Dinge halten soll, die zunächst innerhalb der Gesellschaft, in der Gesellschaft, in der wir und unsere Kinder leben, erreichbar sind. Auf Erlangung dieser praktischen Vorteile muß alle Massenpolitik zugeschnitten sein. Wir verwerfen eine radikale Oppositionspolitik, die die Erlangung praktischer Fortschritte verzögert. In der Auswahl der zunächst wünschenswerten Fortschritte sind wir aber mit der Sozialdemokratie einig. Es ist nötig zuerst volle Freiheit der Koalition, d. h. der Versamm-

lungen und Debatten über politische und gewerkschaftliche Dinge. Man soll die Gewerkschaften als unpolitische aber notwendige Gestaltungen des Volkslebens ansehen. Es ist unbegreiflich, daß noch heute viele Mitglieder bürgerlicher Kreise es den Arbeitern verübeln, wenn sie sich zur Besserung ihrer Lage zusammenthun. Die Kaufleute suchen sich zu verbessern, die Landwirte, die Fabrikanten, selbst die Geistlichen: soll man es da nicht für recht und billig halten, daß diejenigen, die von Lohnarbeit leben und deren Existenz viel unsicherer ist, erst recht dasselbe Bestreben haben? Oben nennt man das Vorwärtsstreben eine Bürgertugend, warum soll man es unten eine Begehrlichkeit nennen? Es mag ja sein, daß es den Unternehmern, besonders den kleineren, nicht immer leicht ist, sich mit den Wünschen der Arbeiterorganisationen abzufinden, aber beruht denn diese Schwierigkeit nicht völlig auf Gegenseitigkeit? Auch die Unternehmer sollen sich zusammenthun, und an Stelle des kleinen bitteren Krieges von Mann zu Mann tritt dann ein geordnetes Verhandeln von festen Verbänden, wie es in England bereits vielfach vorhanden ist. Je mehr man die Berufsvereinigungen der Arbeiter sich frei entfalten läßt, desto mehr werden sie große Erziehungs- und Unterstützungsvereine für ihre Mitglieder werden können, und desto mehr wird der Streik, der immer eine zweischneidige Waffe ist, auf die äußersten Fälle beschränkt. Das Recht des Streiks der Arbeiter im Notfalle kann aber ebensowenig bestritten werden, wie etwa das Recht der Börsenleute, sich der Börse zu entziehen, wenn ihnen die aufgelegten Bedingungen zu hart erscheinen. Man soll immer mit gleichem Maße messen, oben und unten. Daß durch Gewerkschaften die deutsche Industrie in ihren Fortschritten gehemmt wird, ist gar nicht anzunehmen, denn die Arbeiter haben ihrerseits dasselbe Interesse daran wie die Unternehmer, daß die Arbeit nicht an fremde Industrien verloren wird. Im Fall des Hamburger Streikes der Hafenarbeiter waren es nicht die Arbeiter, sondern die Unternehmer, die eine friedliche Verständigung ablehnten.

Berufsvereinigungen und Gewerkschaften sind aber nur ein Hilfsmittel für die besser gestellten und gelernten Arbeiter. Tagearbeiter, Erdarbeiter, Landarbeiter und viele andere können durch Organisation wenig erreichen, weil sie zu unregelmäßige Beschäftigung, zu wenig Lohn haben und oft in zu großer Abhängigkeit stehen. Für sie in erster Linie ist der Staat ver-

pflichtet, Arbeiterschutzgesetze zu geben. Einige Fortschritte sind in dieser Hinsicht gemacht, aber es sind nur Anfänge. Insbesondere die Landarbeiter entbehren noch völlig einer gesetzlichen Sicherung ihrer Lebenslage. Auch sie aber sind Brüder unseres Volkes, sollen unsere Waffen tragen, müssen unseren Boden bearbeiten und legen ihre Mühe in das Brot hinein, das wir essen. Für die Masse der armen und ärmsten Arbeiter zu sorgen, ist staatserhaltend, aber für die gnädigen Herren zu sorgen, ist heute konservativ.

## 10.

### Beamte und Handwerker.

Mit dem Wort „Mittelstandspolitik" sucht man öfter Dinge zusammenzufassen, die ihrer Natur nach verschieden sind. Der Kampf des Bauern gegen den Großgrundbesitzer und Hypothekengläubiger ist verschieden von der Sorge des Handwerks gegenüber der Industrie und verschieden von den Bestrebungen der Beamten, ihre Stellung höher zu heben. Während der Bauer den Boden der großen Güter für Bauernland in Anspruch nehmen kann, ohne damit dem Volkswohlstand zu schaden, kann das Handwerk nicht daran denken, die moderne Industrie und den Handel aus der Welt schaffen zu wollen. Es handelt sich für das Handwerk darum, zu erkennen, unter welchen Bedingungen es heute noch existieren kann und wo es am besten gedeiht. Es gedeiht nach Ausweis der Berufsstatistik am besten dort, wo eine gut lohnende Industrie oder tüchtige Bauern sitzen, aber nicht wo ärmliche Hausindustrie oder Großgrundbesitz mit Tagelöhnern vorhanden ist. Mehr als man es bisher von seiten der Handwerker zugesteht, ist ihr Loos von der Lohnfrage der Arbeiter abhängig. Sie sehen oft nur die Lohnforderungen ihrer eigenen Gehilfen und weiter nichts, aber sie sollen sich doch sagen, daß beispielsweise Lohnerhöhungen der Konfektionsarbeiter ihnen durch Steigerung der Kleiderpreise zu gute kommen und daß Arbeiter mit gutem Lohn leichter Röcke, Stiefeln, Nahrungsmittel und Möbel bezahlen können als eine niedrig gestellte Arbeiterklasse. Der ärmste Arbeiter nährt keinen Handwerker und von den reichsten Herrschaften allein kann das Handwerk auch nicht leben. Es ist demnach eine erfolgreiche soziale Bewegung zugleich die Herstellung eines besseren Nährbodens für diejenigen Handwerke, die mit der

modernen Technik Schritt halten. Letzteres freilich ist nötig. Deshalb muß den Fachschulen der Handwerker alle Aufmerksamkeit zugewendet werden, deshalb sind Genossenschaften, die dem Handwerker die Vorteile des modernen Einkaufs, Verkaufs und Geldverkehrs zuführen, sehr zu befördern. Sie sind wichtiger als die in ihrem Erfolg unter vielen Umständen recht zweifelhaften Zwangsorganisationen. Den größten Aufschwung aber kann das Handwerk noch in jenen Gegenden finden, die heute als Rittergutsgegenden mit dünner und armer Bevölkerung daliegen, während sich bei anderer Landverteilung in ihnen ein frisches gewerbliches Leben entfalten kann. So hängt die Handwerkerfrage auf andere Weise, als es meist bisher erkannt wurde, mit der Landfrage zusammen.

Zum Bereich der Beamten und Angestellten gehören die Hunderttausende, die in Justiz-, Staatsverwaltung, Schule, Post, Eisenbahn, in Stadtverwaltung, Gasanstalten, Hafenanlagen, an Pferdebahnen, in Bergwerken u. s. w. stehen. Ihre Lage ist im einzelnen sehr verschieden, aber das Bedürfnis des Zusammenschlusses zur Vertretung ihrer Interessen fühlen sie alle. Dieses ihnen zu verkürzen ist eine Unklugheit, denn mit einem gut entwickelten Korpsgeist werden alle diese Leute dem Staat und der Stadt oder den großen Unternehmungen wertvollere persönliche Dienste leisten als im Zustande der Vereinzelung. Eine einsichtsvolle Verwaltung muß ihrerseits den Wunsch haben, das persönliche Interesse ihrer Angestellten für ihre Unternehmungen zu wecken, und bedarf dazu gewisser Formen der Gewinnbeteiligung, wie sie gerade großen Verwaltungskörpern nicht schwer sind, einzuführen. Als im Jahre 1890 der Kaiser sagte, Staatsbetriebe sollten Musteranstalten sein, belebten sich viele Hoffnungen, die aber vorläufig unter Stumms und Stephans Einfluß vergeblich blieben. Noch ist die obere Beamtenschaft zu sehr von dem konservativen Geiste beseelt, als daß sie einsehen könnte, wie wichtig und nötig es für ein Staatswesen ist, ein treues und freudiges Heer von charaktervollen Beamten und Angestellten bis in die Unterstufen des öffentlichen Dienstes hinein zu haben.

## 11.

## Die Landfrage.

Der Kern der inneren Politik Deutschlands ist im gegenwärtigen Zeitabschnitt die Landfrage. Sie besteht nicht mehr

in der Frage, ob wir alles Brot, dessen unser Volk bedarf, auf deutschem Boden bauen können. Daß wir es nicht mehr können und nie wieder können werden, ist sicher. Die Landfrage besteht darin, wieviel selbständige, wirtschaftlich gesunde Familien in der deutschen Landwirtschaft beschäftigt werden können, mit anderen Worten: wieviel Bauern wir an die Stellen setzen können, die heute infolge des „Bauernlegens" dem Großgrundbesitze verfallen sind. Ein Zwergbauerntum liegt nicht im Staatsinteresse, denn der Zwergbauer kann nicht das zur guten Ausnutzung des Bodens nötige Vieh stellen. Aber Riesengüter sind direkt ein Verderb für das Volk. Wo Großgüter sind

1. ist die Landarbeiterschaft geistig und moralisch so abhängig, daß sie zum Volkscharakter und zur Volkspolitik keinen eigenen Beitrag liefern kann, ein großer Verlust für das Staatsleben;
2. ist die Bebauung des Bodens im Durchschnitt nicht so ertragreich wie sie auf Bauernland ist;
3. ist die Seßhaftigkeit der Bevölkerung am geringsten, da der Landarbeiter keine Hoffnung an seine besondere Heimat knüpfen kann;
4. gedeiht ein kleineres Städtewesen und kein Handwerkerstand;
5. werden die überzähligen Kinder in die Großstädte und Industriegegenden abgeschoben, wodurch die meisten Übel der modernen Riesenorte hervorgerufen werden;
6. werden polnische und russische Elemente ins Land gezogen.

Die Reformierung des deutschen Ostens muß nach dem Grundsatz geschehen: Bauerngut an Bauerngut bis an die russische Grenze! Diese Parole ist national und sozial, national, weil sie das deutsche Vaterland mit einer lebendigen Mauer deutscher Familien gegen den slavischen Ansturm schützen will, sozial, weil sie allein die Vorbedingungen für eine vom Zustrom ungelernter armer Menschen nicht beständig aufgehaltene Reform der Industrie schafft. Unsere Gewerkschaften werden erst dann blühen, wenn der Nachschub vom Lande nicht so stark sein wird; unser Handwerkerstand wird ganze Provinzen erst erobern, wenn das System der großen Güter fällt, aus Landarbeitern werden Leute mit etwas Landeigentum werden. In der Landfrage ruht ein großes Ideal für das ganze Volk.

Wie aber soll dieses Ideal seiner Verwirklichung entgegengeführt werden?

Klar ist, daß es eine Aufgabe von vielen Jahrzehnten ist, von der wir reden, und daß ihre Lösung durch den starken politischen Einfluß der konservativen Partei sehr erschwert wird. Man muß Schritt für Schritt in buchstäblichem Sinne des Wortes „Boden gewinnen." Es wird sich darum handeln, das Kaisertum soweit von den Konservativen frei zu machen, daß es deutsche volkstümliche Landpolitik treiben kann. Jetzt kann es dies nicht, weil die Konservativen für Heer und Flotte noch unentbehrlich sind. Die Vorbedingung zur Lösung der Landfrage liegt also auf parteipolitischem Gebiete.

Wenn einmal die parteipolitische Lage so ist, daß sich die Gesetzgebung mit der Landfrage wird befassen können, dann wird es leicht sein, folgende durchaus rechtmäßigen Wege zu beschreiten:

Die Aufhebung aller Fideikommißvorrechte.

die Gleichberechtigung aller Kinder im Erbgang bei Gütern über einer gewissen Grenze,

das Vorkaufsrecht einer staatlichen Ansiedlungskommission bei allen Großgrundverkäufen.

Durch diese einfachen Mittel würde eine durch alle Adern des Volkslebens hindurch fühlbare Gesundung erreicht werden. Das würde staatserhaltende Politik im großen Stile sein. Damit würde auch der Druck freiheitsfeindlicher konservativer Herrschaft endgiltig beseitigt werden. Dieses Ziel ist nicht sozialdemokratisch sondern nationalsozial.

## 12.

## Die Freiheitsfrage.

Die Größe eines Staates kann ohne innere Freiheit nicht erhalten werden. Macht und Freiheit gehören zusammen. Was ist aus Spanien geworden trotz seines Goldes und seiner Flotte? Es ist ein absteigendes Volk, weil es seinen Bürgern keine freie Entwicklung gewährte. Geistlicher und adliger Druck haben das begabte Volk ruinirt. Wir wollen nichts ähnliches in unserem Volke erleben. Wenn der freiheitsfeindliche Geist Stumms und der Konservativen bei uns siegt, dann lebe wohl du stolze, deutsche Größe! Ein Volk, das unter der Gesindeordnung gehalten wird, dessen Versammlungen nicht frei und dessen Presse ge-

bunden ist, hat nicht das Zeug zur weltgeschichtlichen Größe in sich. Erst wenn wir im Innern ein freies deutsches Wort vertragen, werden wir ein kräftiges Wort unter allen Völkern sprechen können. Jetzt fürchtet man sich in Deutschland vor selbständigem Charakter und möchte gern eine Herde williger Lämmer haben, die sich nach Lust und Willen von den alten besitzenden Parteien regieren lassen, ein Volk von Dienern, die sich immer verbeugen und sprechen: „Küß die Hand!" In diesem Sinne arbeiteten das Umsturzgesetz, das preußische Vereinsgesetz, die sächsische Wahlrechtsverschlechterung und die konservativen Angriffe auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zum Reichstag. In solchem Geiste setzt man soziale Geistliche vor die Thür, verwarnt volksfreundliche Lehrer, beschwichtigt freiheitliche Beamte aller Art. Es ist ein Jammer, was wir „freien Deutschen" uns gefallen lassen. Wann wird wohl der Wind wieder anders wehen? Wann giebt es einen Frühling deutscher Freiheit?

Einen Frühling der Freiheit gibt es nicht eher, als bis die freiheitlichen und sozialen Parteien staatserhaltend und selbst die Träger der deutschen Größe werden. Jeder, der bei nationalen Forderungen spricht: „keinen Mann und keinen Groschen!" vermehrt die Kraft der Freiheitsfeinde, denn diese bleiben solange die Wächter von Deutschlands Kraft, als Liberalismus und Sozialismus nicht in dieses Amt eintreten wollen. Das ist die Stärke der Konservativen, daß sie national sind, und das wird die Stärke des Sozialismus werden, wenn er national wird. Dann erst kann das Eis der Freiheitsbeschränkungen schmelzen, dann erst kann eine große, segensreiche Volkspolitik gedeihen. Darum reicht euch die Hände, ihr alle, die ihr deutsch und frei gesonnen seid, ihr Arbeiter, Handwerker, Bauern, Kaufleute, Beamte, Gelehrte, schließt einen heiligen Bund für eures Vaterlandes freie, große Zukunft, verscheucht das finstere Gelichter, ruft eine neue Zeit herbei, eine Zeit, wo Kaiser und Arbeit, Staatskraft und Sozialismus zusammenschmelzen in der Glut eurer warmen, freien Liebe zum deutschen Volke!

Im Oktober 1897 sind erschienen:

## Der Zeitgeist.

Novelle v. L. Dougall. Deutsch v. Marla Baumann. 1896. Lwdbd. 2 M. 60 Pf.

„Die Zeit" 1896 Nr. 67 schreibt: „Ein merkwürdiges Buch! Jedenfalls soll, wer flüchtige Unterhaltung sucht, die Finger davon lassen, dazu ist es zu gut. Die Lektüre des Buches gewährt hohen ästhetischen Genuß und innere Förderung. Wir lernen religiöse Motive kennen, ganz verschieden von den unsrigen. Sie werden unserm Verständnis nahe gebracht, und so werden wir auf eine höhere Stufe religiöser Weitherzigkeit gehoben."

Evang. Gem. Bl. f. Braunschweig 1896, 49: „Es weht wirklich zuweilen ein großartiger, gewaltiger Geist durch diese Blätter."

---

## Oben und Unten.

Sozialer Roman aus der Gegenwart. Von M. Andrae-Romanek.

Geheftet 3 Mk. 60 Pf. Gebunden 4 Mk. 50 Pf.

Th. Traub (Stuttgart) schreibt im K. Anzeiger f. Württ. 1896, Nr. 45: „Da ist Kraft und herbe Wahrheit und glühende Liebe, geboren und genährt aus dem christlichen Glauben, dem man es noch, wie in alten Tagen, zutraut, daß er die Welt überwindet. Ja so, wie hier geschildert, werden die oben von unten, und die unten von oben angesehen und behandelt."

---

## Thomas Carlyle's sozialpolitische Schriften.

Aus dem Englischen übersetzt von E. Pfannkuche. Mit einer Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von Prof. Dr. P. Hensel, Straßburg i. E. 1894/95 I. Bd 4 Mk.; geb. Mk. 4,80. II. Bd. 7 Mk.; geb. Mk. 7,80.

„Diesen neuen Carlyle in deutschem Gewande begrüßen wir mit innigster Freude. Daß der englische „Prophet" auch in unserm Vaterlande eine Großmacht zu werden beginnt, ist Thatsache Aber ihm fehlt einstweilen bei uns die Wirkung ins Breite. Hier wird nun, wie wir hoffen, die neue treffliche Übersetzung uns vorwärts bringen. Mögen viele darnach greifen! Besonders wünschen wir das für unsre evangelisch-sozialen Kreise. . . . . Die Einleitung von Hensel ist des höchsten Lobes würdig." („Christl. Welt" 1895, 14.)

Inh.: I. Bd. Einleitung. Der Chartismus. Die Negerfrage. Den Niagara hinunter – und dann? — II. Bd. Charakteristik unserer Zeit. Flugschriften aus elfter Stunde.

---

Im Oktober 1897 sind erschienen:

## Lebenserinnerungen von Thomas Carlyle.

Übersetzt von P. Jaeger. Mit einem Bildnis Carlyles.

Preis 4 Mk., geb 4 Mk. 80 Pf.

---

Kürzlich ist erschienen:

**Th. Carlyle und Fr. Nietzsche. Wie sie Gott suchten und was für einen Gott sie fanden.**

Von J. H. Wilhelmi, Domprediger in Güstrow. IV, 88 S. gr. 8. Preis Mk. 1.60.

Eine zunächst befremdliche, aber höchstinteressante, bedeutungsvolle und glänzend durchgeführte Parallele.

1897 sind erschienen:

**Der Sozialismus in England** geschildert von englischen So
Herausg. von **Sidney Webb.** Deutsche Orig.-Ausg. von H. F
Geh. Mk. 5.–, geb. Mk.

Enthält u. a.: Wahrer und falscher Sozialismus von S. We
Übergang zur Sozialdemokratie von H. M. Hyndman; die ethis
des Sozialismus von S. Ball; die Arbeitslosen von J. Burns.

Der auch in Deutschland wohlbekannte Verf. vermittelt uns hier eine
des bei uns viel zu wenig gekannten Sozialismus in England. — Die
Rundschau" schreibt in einer längeren Besprechung: „Wir finden in dem Buche eine
unserer Hoffnung, daß der fortgeschrittene Sozialismus viele Züge trägt, die d
Sozialismus unter der Einwirkung jener Kreise annehmen wird, die durch ihre He
Geistesbildung zur Führerschaft auch des Proletariats berufen sind."

**Das Arbeitslohn = Gesetz** mit besonderer Berücksichtig
Lehren von Ricardo, Marx und H George, von Assessor
**Lohmann.** Preis 1 Mk. 8

Eine kritisch-zusammenfassende Darstellung dieses vielumstrittenen Teiles
wirtschaftlichen Lehre wird weiten Kreisen willkommen sein.

**Christentum und Malthusianismus.** Von Landgericht
**Kulemann.** 7

**Adolph Wagner, Unternehmergewinn und Arbeit**
(Die „Bochumer Rede".) 2. unveränd Auflage 20 S. 4

**Verhandlungen des 8. evangelisch-sozialen Kon**
**zu Leipzig 1897.** 12¼ Bogen

Der Bericht enthält:

1) Das Eigentum nach christl. Beurteilung von Prof D
**Wendt;** — 2) Deutschland als Industriestaat von Prof. Dr. **Old**
— 3) Was verstehen wir unter dem Mittelstand? Hat er im 1
hundert zu- oder abgenommen? Von Prof. Dr. **Schmoller.** —
Verhandlungen und das Teilnehmerverzeichnis.

Daraus einzeln:

**Oldenberg,** Deutschland als Industriestaat. Mit e. Nachwort.
**Schmoller,** Was verstehen wir unter Mittelstand 2c. 8

**Der evangelisch-soziale Kongreß und seine G**
Von **M. A. Nobbe,** Landesök.-Rat u. Vorsitzend. des Kongresses 6

**Der irdische Besitz im Neuen Testament.** Seine Bew
und Wertschätzung durch Christus und die Apostel. Von **Chr.**
Marine-Stationspfarrer in Kiel. Mk

„Denen, die eine gründlichere Behandlung jener Fragen suchen, sei di
Rogges warm empfohlen". (Prof. Wendt, Christliche Welt 1897. 37.)

**Die gebildete Frau und die neue Zeit.** Eine Gab
deutschen Frauen von E. von der Decken. 1

„Eins der besten und wertvollsten Erzeugnisse der F
litteratur" nennt „Die Zeit" 1897 Nr. 19 diese ruhige und gemäßigte Sch
deutschen Frau.

1896 ist erschienen:

**Lippmann, Frau, Die Frau im Kommunaldienst.**
geh. auf dem 7. evangelisch-sozialen Kongreß 1896. 60 P

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

H
83
N3

Naumann, Friedrich
Nationale Sozialpolitik

UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 13 13 08 08 002 5